

## Trostlos.

### Was alles möglich ist und was da werden soll.

Die Lebensmittelwirtschaft auf dem Lande und ihre Wirkungen auf die Versorgung der städtischen Bevölkerung ist der Gegenstand dieses Aufsatzes. Es sei zunächst an den Fall des Bürgermeisters von Buchberg und christlichsozialen Landtagsabgeordneten Hans Stidler erinnert. Wir berichteten am 5. Juli, daß bei Stidler verheimlichte Vorräte gefunden wurden und daß er seine Bürgermeisterstelle niederlegen mußte. Stidler erzwang beim „Abend“ unter Beifall der „Reichspost“ eine Berichtigung. Mittlerweile wurden aber bei dem christlichsozialen Patrioten weitere verheimlichte Vorräte gefunden. Das Verfahren gegen ihn ist jetzt anhängig. In Niederösterreich, südlich der Donau, entzieht also ein Bürgermeister, bei dem man erhöhtes Verantwortlichkeitsgefühl voraussetzen sollte, der Bevölkerung Brotgetreide, nördlich der Donau, im Waldviertel, versüßern die Bauern das Grün Gemüse, wie die Leser des „Abend“ aus einer Schilderung der Zustände in Gars und Umgebung wissen, weigern sich, ihr Obst zum Höchstpreis herzugeben, liefern Eier und Butter mangelhaft ab usw.

Aus Badgastein wurde uns kürzlich ein Fall zur Kenntnis gebracht, der annehmen läßt, daß der Lebensmitteldienst im Kronland Salzburg nicht besser ist, als im Kronland Niederösterreich. In Badgastein hat sich der dortige Gemeindevorsteher Dr. Josef Hertzka dafür eingesetzt, daß die Stadt niemals andere als gesetzliche Schritte zur Sicherstellung der Verpflegung der Bevölkerung und der Kurgäste unternahme. Diese in Österreich sehr seltene Auffassung war die eigentliche Ursache, daß der genannte Arzt behördlich aus dem Verpflegungsausschuß von Badgastein entfernt wurde. In einer Stadt in der Nähe Badgastein hat dagegen der Verpflegungsausschuß ein Mitglied, das angezeigt wurde, zur menschlichen Nahrung bestimmtes Mehl an seine Schweine verfüttert zu haben. Der Verpflegungsausschuß von Badgastein, die Gemeindevorsteherung des Ortes, die Kurkommission von Badgastein und die Ärztekammer des Kronlandes Salzburg verlangen nun von der Landesregierung eine Untersuchung des Falles Hertzka, weil sie eine Klarstellung der Verpflegungsfragen, die damit verknüpft sind, wünschen. Die Untersuchung wird aber nicht geführt, ebenso wie nichts, rein gar nichts geschieht, um die Aufbringung von Obst und Gemüse in Niederösterreich und in ganz Österreich endlich sicherzustellen. Man hat den Eindruck, als ob die Behörden, die Flinte ins Korn geworfen hätten, weil sie sich nicht zu helfen wissen.

Zwei Maßnahmen der letzten Zeit bestätigen diese Auffassung. Wir meinen die Erhöhung der Preise für das Getreide der Ernte 1917 und die Erhöhung der Kartoffelpreise. Die Behörden stehen noch immer auf dem, man kann es nicht anders nennen, kindischen Standpunkt, daß hohe Preise den Erzeugung Anreiz geben und so die Wirkung haben, die Warenmenge zu vergrößern. Nicht einmal im Frieden, da es einen Überfluß an Arbeitskräften und Arbeitsmitteln gab und die Erzeugung nicht behindert war, konnte man dieser Auffassung einige Geltung zusprechen. Denn was war denn der Kern unserer Getreidepolitik im Frieden? Doch auch die Annahme, daß die Erhöhung der Getreideinlandspreise durch Absperrung der Grenzen die Erzeugung fördern und mehren werde. Heute erweisen wir an unserem Hunger wie falsch diese Annahme war. Heute wissen wir, daß das angewendete Mittel gerade die entgegengesetzte Wirkung hatte. Ganz und gar ausgeschlossen aber scheint es, daß das Mittel sich im Kriege bei der bestehenden Deutenot bewährt. Der häuerliche Grundbesitzer, der unter den größten Schwierigkeiten arbeitet, wird darauf verzichten, seine Ernte ganz zu verwerten, wenn er schon für einen Teil einen Ertrag herausschlägt, der ihm hoch genug erscheint, für den großen Grundbesitzer wieder, der sich fast immer die gänzliche Verwertung seiner Ernte zu sichern weiß, bedeutet der höhere Preis heute nur größeren Gewinn, keineswegs aber Anreiz zu größerer Anstrengung. Unter solchen Umständen gibt es keine Rechtfertigung für die Erhöhung der Kartoffel- und Getreidepreise, es sei denn die eine, daß Wert darauf gelegt wird, die landwirtschaftlichen

Erzeuger bei guter Laune zu erhalten. Den Verbrauchern kommt aber dieses Bestreben, das einzige zielsichere in den Verpflegungsmaßnahmen unserer Behörden, sehr teuer zu stehen. Im Vorjahr betrug der Herbst-Erzeugerpreis für Erdäpfel 9 h für das Kilogramm, heuer wird er 15 h betragen.

Wohin es führen soll, wenn die Preise immer höher werden, die Warenmenge aber trotzdem immer kleiner, das ist nicht abzusehen. Besonders, da den Behörden, wie die oben angeführten zwei Fälle zeigen, auch der Verteilungsapparat immer mehr entgleitet und die Schwäche des Beamtenlums in der Aufbringung und Verteilung und die Zerfahrenheit der Zustände jetzt in der Kapitalistenpresse benützt wird, immer offener für die Freigebung des Handels einzutreten, obwohl doch jeder Unbefangene einsieht, daß der Krieg im Hinterland nur durch die Organisation des Lebensmittelverkehrs durchgehalten werden kann und alle Mißstände, unter denen wir so schwer leiden, nur durch immer wieder begangene Fehler hervorgerufen werden und durch die Furcht, den letzten Schritt zu tun: Die Ware unter genau so eifernem Zwang und so drakonischen Strafen zu mobilisieren wie die Menschen.